

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

angesichts weiter sinkender Infektionszahlen in Bayern konnten wir in der Kabinettsitzung am 29. Juni weitere Erleichterungen bei den Corona-Maßnahmen für Schulen sowie Kultur- und Sportveranstaltungen gegenüber unserem Koalitionspartner durchsetzen. Nach den bayerischen Grundschulern müssen jetzt auch **Jugendliche an weiterführenden Schulen keine Maske mehr am Sitzplatz tragen**. Diese Regelung gilt für Landkreise, die unter einer Inzidenzzahl von 25 liegen. Damit wird endlich eine Forderung umgesetzt, die wir schon mehrere Wochen zuvor erhoben hatten – angesichts stetig sinkender Inzidenzzahlen und zuverlässiger Testkonzepte. Weiteres Ziel für die kommenden Monate ist, dass alle **Klassenzimmer in Bayern mit Luftfiltern** ausgestattet werden. Hierzu gibt es ein drittes Förderprogramm für die Aufwandssachträger – das sind in der Regel die Kommunen. **Der Freistaat fördert die Anschaffung von Luftreinigern in Schulen mit bis zu 50 Prozent**. Denn **wir wollen auch nach den Sommerferien alle Schüler im Präsenzunterricht haben – und dauerhaft behalten!**



Weitere Neuigkeiten: Rund 250.000 Absolventen aller bayerischen Abschlussklassen bekommen mit dem **Sommerpass 2021 im August und September freien Eintritt in Museen, Schlösser, Burgen und für die Seenschiffahrt**. Außerdem erhalten alle Grundschüler das Angebot über einen **30 Euro-Vereinsgutschein für eine Mitgliedschaft in einem Sportverein** und eine **Gutschrift von 50 Euro für einen „Seepferdchen“-Schwimmkurs**. So fördern wir gezielt die Schwimmfähigkeit der Kinder.

Wir freuen uns außerdem sehr über **Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen im kulturellen und sportlichen Bereich**. Als FREIE WÄHLER-Fraktion hatten wir uns schon lange für Anpassungen der Regelungen für Kunst und Kultur starkgemacht.

Abgeordneter Manfred Eibl,

Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Umso mehr erfüllt es uns nun mit Freude, dass unser Engagement endlich Früchte trägt und jetzt bis zu **1.500 Zuschauer bei Kultur und auch Sport zugelassen** sind. Es war an der Zeit, dass das bayerische Kabinett weitere Öffnungsschritte ermöglicht. Denn die Corona-Inzidenzen sind in den vergangenen Wochen stark zurückgegangen – nicht zuletzt wegen der Disziplin, die Bayerns Bürgerinnen und Bürger bei der Einhaltung der AHA-Regeln erfreulicherweise an den Tag legten.



Daher muss den Menschen nun auch ein Stück Normalität zurückgegeben werden. Lockerungen im Kultur- und Sportbereich sind dafür ein wichtiger Schritt. Welche weiteren Themen uns in dieser Woche beschäftigt haben, lesen Sie jetzt in unserem Wochenrückblick.

Rückblick

Wir alle sind erschüttert über den Messerangriff von Würzburg und verurteilen die Tat aufs Schärfste. Die Justiz muss das Verbrechen mit aller Härte ahnden. **Bei der Aufarbeitung müssen der Umgang mit**



traumatisierten Flüchtlingen, aber auch Möglichkeiten einer schnelleren Abschiebung von Straffälligen und Gefährdern im Fokus stehen. Dennoch darf diese grausame Tat nicht dazu

instrumentalisiert

werden, Ausländerhass zu schüren und alle Geflüchteten unter Generalverdacht zu stellen. **Denn unter den Menschen, die sich dem Attentäter mutig in den Weg gestellt und so Zivilcourage bewiesen haben, befand sich auch ein Flüchtling aus dem Iran.** Es wäre falsch, diesen Menschen pauschal eine Mitverantwortlichkeit an der brutalen Handlung des Messerstechers von Würzburg zuzuschreiben. Mit unseren Gedanken und unseren Gebeten sind wir bei den Opfern sowie deren Angehörigen und sprechen ihnen unser tief empfundenes Mitgefühl aus.

Abschaffung Grunderwerbsteuer für erste eigene Immobilie

Nachdem am 29. Juni der Immobilienverband Deutschland neueste Zahlen zur Entwicklung der Miethöhen veröffentlicht hat, wird immer deutlicher, dass die **Wohneigentumsquote in Bayern weiter gesteigert werden muss.**

Denn mit Monatsmieten von über zwanzig Euro pro Quadratmeter ist München inzwischen die teuerste Großstadt Deutschlands. **Daher machen wir FREIE WÄHLER uns im Bayerischen Landtag für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger stark.**

In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Forderung nach einer **Abschaffung der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie.** Gerade junge Familien schränken sich ein, um fürs Alter vorzusorgen und mietfrei wohnen zu können. Die Baukosten steigen allerdings immer schneller – neuerdings auch wegen Lieferengpässen bei vielen Baumaterialien. **Vor diesem Hintergrund lehnt unsere Fraktion Pläne von GRÜNEN und LINKEN zur Wiedereinführung einer Vermögensteuer klar ab.** Denn in Großstädten sind die bisher genannten Freibeträge schnell überschritten. Dann würden Bürgerinnen und Bürger für früheren Konsumverzicht auch noch bestraft. **Das werden wir unter keinen Umständen zulassen!**

**Wohn-
eigentums-
quote
in Bayern weiter
steigern!**

*Hans Friedl,
Sprecher für
Wohnen und Bauen
der FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion*



Äußerung zum Polizeiaufgabengesetz: SPD-Landtagsfraktion macht sich lächerlich

Die SPD-Landtagsfraktion äußerte sich am 29. Juni 2021 in einer Pressemitteilung sinngemäß, die Bayernkoalition wolle mit der Reform des Polizeiaufgabengesetzes in Bayern „chinesische Überwachungsverhältnisse“ einführen. **Einmal mehr macht sich die SPD-Landtagsfraktion damit lächerlich.** Denn natürlich hat unser Änderungsantrag zum Polizeiaufgabengesetz nicht im Ansatz etwas mit einem Überwachungsstaat

chinesischer Prägung zu tun. Wir bedauern, dass hier versucht wird, eine Regelung zu skandalisieren, **die bereits in der Praxis angewandt wird**. Die Behauptung, dass durch die PAG-Ergänzung Zuschauer von Großveranstaltungen einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen würden, ist schlichtweg falsch. **Überprüft werden lediglich Mitarbeiter des Veranstalters, etwa von Fußballspielen oder Konzerten. Die Zuverlässigkeitsüberprüfung wird im Auftrag des Veranstalters und mit Einwilligung der betroffenen Mitarbeiter durchgeführt**. Es ist nicht nur vollkommen legitim, sondern unbedingt erforderlich, wenn insbesondere technisches Personal, das bei Großveranstaltungen auch Zugang zu sicherheitsrelevanten Anlagen hat, überprüft wird – dies alles dient dem **Schutz und der Sicherheit der Besucher. Selbstverständlich haben wir im Vorfeld auch den Landesbeauftragten für Datenschutz eingebunden**. Seine Anregungen und Änderungsvorschläge wurden berücksichtigt, was für uns entscheidend war. Denn uns FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag ist es wichtig, dass **freiheitliche Grundrechte und die Gewährleistung objektiver Sicherheit stets im Einklang stehen**.

Kampf gegen Rechenschwäche: Betroffene Schüler nachhaltig fördern

Kinder, die unter einer Rechenschwäche (Dyskalkulie) leiden, können in ihrer persönlichen, sozialen und emotionalen Entwicklung beeinträchtigt werden. Nicht selten führt Dyskalkulie zu einer hohen psychischen Belastung, da viele Betroffene schon zu Beginn ihrer Schulzeit mit scheinbar unerklärlichen Schwächen im Kernfach Mathematik kämpfen müssen. Gerade an weiterführenden Schulen ist die Expertise zur gezielten Förderung der betroffenen Kinder noch nicht überall in ausreichendem Maße vorhanden. Auf Initiative der Fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe Inklusion (FAGI) des Bayerischen Landtages, die sich aus FREIEN WÄHLERN, CSU, Grünen und FDP zusammensetzt, bietet das **Bayerische Kultusministerium daher neben den 99 Förder- und Beratungsstellen an Staatlichen Schulämtern ab Februar 2022 eine zusätzliche Förderung an, die sich auf weiterführende Schulen konzentriert**. So sollen in einem Modellversuch in Franken insgesamt 20 Schulen (Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien) **gezielte zusätzliche Angebote zur nachhaltigen Förderung rechenschwacher Schüler in den Jahrgangsstufen 5 und 6 einrichten**. Begleitet wird der Modellversuch durch den Lehrstuhl für Mathematik und Didaktik der Universität Bayreuth von Prof. Dr. Volker Ulm.

Klar ist: Wem sich die Welt der Zahlen nicht erschließt, der braucht früh Wegweiser, braucht Wegbegleiter. **Uns ist es ein Herzensanliegen, dass wir Schülerinnen und Schülern mit Rechenschwäche durch geeignete Maßnahmen der Förderung und der individuellen Unterstützung in ihrer Schullaufbahn begleiten.** Umso mehr freut es uns, dass wir nun auf Initiative der **Arbeitsgruppe Inklusion** und mit **tatkräftiger Unterstützung von Kultusstaatssekretärin Anna Stolz** diesen Modellversuch auf den Weg bringen.

Blickpunkt B@yern – Die Zukunft der bayerischen Landwirtschaft: mehr Tierwohl und Umweltschutz haben ihren Preis

Während Verbraucher jahrzehntelang vor allem preiswerte Lebensmittel forderten, fragen sie inzwischen immer öfter, woher Nahrungsmittel stammen und unter welchen Umständen sie produziert wurden. Mit dem Begriff „Tierwohl“ verbindet ohnehin jeder Mensch etwas anderes. **Am 1. Juli diskutierte Dr. Leopold Herz, Vorsitzender des Landtagsagrarausschusses und landwirtschaftspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER-Fraktion, darüber, was artgerechte Tierhaltung und umweltschonend arbeitende Landwirtschaft bedeuten.**

Wird der landwirtschaftliche Strukturwandel auf dem Weg zu mehr Tierwohl



weiter beschleunigt? **Bürden wir unseren kleinen bäuerlichen Landwirtschaftsbetrieben dafür zu hohe Investitionen auf?** Müssen Landwirte – um langfristig überlebensfähig zu sein – gar zu „Umwelt- und Klimawirten“ werden?

Herz diskutierte im „Blickpunkt B@yern“ – mit diesen Gästen:

- **Christine Singer**, Kreis-, Bezirks- und stellvertretende Landesbäuerin des Bayerischen Bauernverbands (BBV), Garmisch-Partenkirchen
- **Jochen Borchert**, Bundeslandwirtschaftsminister a.D. und Leiter des „Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung“ („Borchert-Kommission“)

- Moderiert wurde die Veranstaltung von dem Journalisten und Moderator **Philipp Bächstädt**

Schalten Sie ein:

👉 Hier können Sie sich die komplette Sendung anschauen: [YouTube!](#)

Übrigens: Auf unserem [YouTube](#)-Kanal finden Sie auch alle vergangenen Folgen von „Blickpunkt B@yern“ und vieles mehr über unsere Arbeit im Bayerischen Landtag.

MANFRED EIBL ÄUSSERT SICH ZUR GRW-GEBIETSKULISSE UND NIMMT BEZUG AUF DIE DAMIT VERBUNDENE STIMMUNGSMACHE DER CSU

Bereits im Oktober letzten Jahres waren die drohenden Einschnitte der Regionalförderung für Ostbayern und deren Auswirkungen für unsere Region öffentlich bekannt. Man wusste auch, die Europäische Kommission wird in der ersten Jahreshälfte 2021 neu darüber entscheiden. Nun hat sie entschieden und die Enttäuschung darüber ist groß. Verständlich könnte man zunächst annehmen, da sich im Ergebnis für uns als bayerische Grenzregion die Fördermöglichkeiten reduzieren. Mit einem Blick auf die Gesamtzusammenhänge der Festlegung der Gebietskulisse, wird jedoch klar, dass dieses Ergebnis aus der guten wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region sowie der uns angrenzenden tschechischen Grenzgebiete resultiert. Es gilt zu verstehen, dass eine Förderung auf strukturellen Daten basiert und somit als Grundvoraussetzung den wirtschaftlichen Entwicklungsstatus der angrenzenden Regionen heranzieht. Dazu werden die Fördergebiete in Klassen A, C und D eingeteilt. Differenzierte Entwicklungen entlang der tschechischen Grenze führen nun dazu, dass das tschechische Karlsbad beispielsweise als A-Gebiet eingestuft wird, das uns angrenzende Südböhmen sich hingegen zum C Fördergebiet weiterentwickelt hat. Das wir als angrenzende Region nun außerhalb des Rankings noch als Fördergebiet D werden, ist demnach kein Verlust, sondern im Gegenteil Erfolg aus den gesamthaften Verhandlungen. Weitere Zugeständnisse für unsere Region sind aufgrund der dargestellten Co-Abhängigkeit zu Tschechien nicht verhandelbar und andere Darstellungen zu dieser Sachlage sind schlichtweg nicht richtig.

Dass die CSU dieses Thema - wie bereits viele Themen zuvor - zur parteipolitischen Stimmungsmache gegen unseren Wirtschaftsminister und gegen uns Freie Wähler nutzt, ist für uns nicht nachvollziehbar. Allen Abgeordneten in Berlin und Brüssel ist die Abhängigkeit von EU-Vorgaben und der Co-Abhängigkeit zur tschechischen Wirtschaftsentwicklung bekannt.

Abgeordneter Manfred Eibl,
Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Umso mehr verwundert es, dass man trotz der erfolgreichen Förderkulisse basierend auf den aktuellen Strukturdaten ein Versagen unseres Wirtschaftsministers unterstellt, der seinen gesamten Handlungsspielraum für Niederbayern bestmöglich genutzt hat. Anders als Herr Manfred Weber, der bereits Ende letzten Jahres in seiner Funktion als niederbayerischer CSU-Europaabgeordneter in Brüssel direkten Einfluss auf das Ergebnis hätte nehmen können. Wo war im November der Einsatz von Manfred Weber, als es um die Zukunft der ostbayerischen Regionalförderung ging. Wo war damals das Engagement der Landräte und der CSU?

Hubert Aiwanger hat sich im Rahmen seiner Möglichkeiten stark gemacht für seine Heimat Niederbayern und wird dies auch in Zukunft tun. Wir würden es begrüßen, wenn man unsere Bürger mit Fakten für die Zukunft zuversichtlich stimmt und mit Blick auf die positiven Entwicklungen unser Selbstbewusstsein stärkt. Dazu haben wir auch allen Grund. Denn selbst wenn wir mit einem weiteren Aufschwung im Grenzgebiet unseres Status als Fördergebiet D und die damit verbundenen EU- und Bundesmittel verlieren, ist das kein Grund zur Sorge. Denn auch weiterhin wird die bayerische Staatsregierung im „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“ Wirtschaftsfördermittel einsetzen, sodass die D-Fördergebiete nicht benachteiligt werden. Es gab rechtlich, keine Möglichkeit, den Status als C-Fördergebiet zu erhalten! Diese Art der politischen Aufklärung ist es, was wir vor allem jetzt für unseren Aufschwung aus der Corona-Pandemie brauchen, nicht jedoch eine Verunsicherung unserer Bürgerinnen und Bürger durch wahlpolitisch motivierte Darstellungen.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine schöne Woche und bitte bleiben Sie gesund!

Manfred Eibl, MdL mit seinem Team

Impressum

Simone Hannen,
Büroleitung, Presse

V.i.S.d.P.:
Abgeordnetenbüro Manfred Eibl, MdL
Am Lindberg 17
94157 Perlesreut
Telefon +49 8555 4058548

Abgeordneter Manfred Eibl,
Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Newsletter 26/21

Handy +49 170 9524965

E-Mail kontakt@manfred-eibl.de

Internetseite www.manfred-eibl.de

Facebook <https://www.facebook.com/Manfred.EiblLTW2018>